

Erzähler vom Westerwald

Hachener Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Aufsicht für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Vieh- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzel in Hachenburg

Nr. 60/61

Bezugspreis: vierteljährlich 2.40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Beleglohn; durch die
Post 2.25 M. bzw. 75 Pfg. ohne Beleglohn.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Mittwoch, den 13. März 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsseitige Zeile 20 Pfg., die dreiseitige 10 Pfg.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

13. März. An der Ostfront ist vielfach auflebender Kampf und heftige Infanteriegefechte. Zur Vergeltung der Bombenangriffe auf Trier, Mannheim und Birmensdorf sind Bomben abgeworfen.

"Sie kommen nicht durch!"

Einmal mehr es: „Wir werden sie schon kriegen!“ — Die Deutschen nämlich, die sich auf Frankreichs beilegendem einmüßigen hatten und gar keine Anstalten machten, das schöne Land aus bloßer Eitelkeit vor der heiligen Vaterlandsliebe seiner Bewohner freiwillig zu räumen. Aber es ist nicht schon 1915, im Sommer, als das edle Italien zu unseren Feinden überging und Franzosen und Engländer damit das Spiel gewonnen glaubten? Damals war unsere Barocke: Sie kommen nicht durch. Wir belagerten uns auf die Verteidigung, mühten uns auf die Belagerung, da es zunächst an der Ostfront dringlichere Aufgaben zu lösen galt. Wir machten nicht viel Befehl davon, daß unsere Feldgrauen der gesamten Streikraft der beiden Weltmächte standhielten, obwohl unsere Operationen gegen Rußland, und nachher gegen Serbien und noch später gegen Rumänien ganz gewaltige Truppenmassen in Anspruch nahmen. Ein über das andere Mal brachten die Franzosen: „Wir werden sie schon kriegen!“ Aber es blieb alles beim alten. Dindensburg nahm, als es für richtig hielt, seine Linien ein Stück zurück, um die Verteidigung dann um so hartnäckiger und um so verlustreicher für den Angreifer zu machen; das war alles. Die Franzosen vertriehen immer wieder ihr Glück im Frühling wie im Herbst 1916 und 1917. Undenken sie legten uns nicht, alle ihre tapferen Kämpfe vor unseren befestigten Stellungen brachen blutig zusammen, und wie sie sich auch amargierten und unversichert, mit und ohne Verfall der Kriegszeit, sie kamen nicht vorwärts. Gegen Ende des letzten Jahres traf sie noch das Unglück der italienischen Katastrophe, und sie stehen sie am Grunde aller ihrer militärischen Hoffnungen. Das ist schier eine unerträgliche Kette schwerer Heimtungen. Was kann da das Jahr 1918 für Entente noch bringen?

Und siehe da: selbst Clemenceau, wohl die heißblütigste Kampfnatur unter den augenblicklich führenden Männern Frankreichs, sieht sich genötigt, dem ganzen Wandel der neuen Rechnung zu tragen. Als er sich kürzlich in Paris bei einer öffentlichen Veranstaltung zeigen mußte, war er im liebsten wieder davon gegangen, ohne den Mund aufzumachen. Aber die Menge zwang ihn, den ein für alle Mal, nachdem andere Minister gesprochen hatten, auch er selbst noch ein paar Worte hinzuzufügen, und er verkündete gequälten Herzens von der Frontschicht, die er gerade vorgenommen hatte, und wie ihm dort überall der Trostspruch zugerufen worden sei: „Sie kommen nicht durch!“ Blutigartig stellt diese kleine Anekdote den völligen Umschwung der militärischen Lage im Westen. Jetzt haben die Franzosen unsere Barocke übernommen, denn sie wissen, daß wir ihnen gegenüber nun nicht länger auf die bloße Verteidigung angewiesen sind. Im englischen Unterhause machte Lord Bonar Law bei Einbringung des neuen Milliardenkredits eine Berechnung auf, wonach die Entente an der Ostfront immer noch eine kleine ziffermäßige Überlegenheit besitzt — trotz der Amerikaner! — daß aber die Kampffähigkeit der Deutschen auf keinen Vergleich mit den besten Truppen der Welt annehme. Über die selbstverständliche Überlegenheit der Alliierten verfügen. Trotzdem scheint man an der westlichen Front zum mindesten an keine Offensive mehr zu denken. Dort lebt man in Erwartung unseres Angriffs und begrenzt seine eigene Aufgabe dahin, ihn erfolgreich abzuwehren. Das bedeutet zugleich einen Stimmungswechsel, für den wir volles Verständnis besitzen. Es ist gerade vorbei mit allen Durchbruchshoffnungen unserer Väter, denn sie stehen und fest einigermassen gleich zu stehen gegenüber. Was das heißen will, haben ihnen die Ereignisse dieser drei Kriegsjahre zur Genüge bewiesen. Sie sind endlich bescheiden geworden — wenigstens ein wenig zur Besserung.

Und wir? Wie lautet jetzt unsere Barocke? Herr Bonar Law scheint nicht ganz frei von Sorgen zu sein: er meinte, er hätte doch keine Zweifel, ob die deutsche Offensive kommen würde. Im Hauptquartier erwartete sie, aber die Kommandobehörden, die in täglicher Verbindung mit dem Feinde sind, glauben nicht, daß die Deutschen angreifen würden — so überzeugt waren sie, daß die Behörden nämlich, von ihrer eigenen Überlegenheit, in gewisser Weise eine Verneinung, die sich leben lassen kann, da kann man sich machen, wie der Berliner in solchen Fällen zu sagen pflegt. Wir wollen auch diese Überzeugung ehren, solange sie da ist. Nur dafür möchten wir eine Bürgschaft übernehmen, daß sie nicht plötzlich in alle Richtungen zerflattert, noch ungleich rascher als die gläubige Erwartung der Franzosen, daß sie uns kriegen würden.

Rücktritt Bonar Law?

Wie Schweizer Blätter aus englischer Quelle erfahren, will Bonar Law, Schatzkanzler und Sprecherminister, demnächst aus dem Amte scheiden; um sich ganz seinen Arbeiten im Kriegskabinet zu widmen. In Wahrheit ist wohl die Unzufriedenheit der Großkaufleute mit seinen Finanzmaßnahmen der Grund zum Rücktritt des jungen-gewandten Bonar Law.

Der „uneigennütige“ Asquith.

Auf etwas anderen Wegen als der Schatzsekretär Bonar Law suchte der frühere Premierminister und jetzige Führer der englischen Liberalen Asquith mit den Sorgen fertig zu werden, welche die augenblickliche Kriegslage den britischen Politikern bereitet. Das Asquith sich in einer Rede in seinem schottischen Wahlkreis recht unzufrieden über den Frieden im Osten äußerte, ist selbstverständlich. Aber während Bonar Law betonte, Ägypten werde niemals gutwillig von England herausgegeben, meinte Asquith, es gebe keine territoriale Erwerbung, die Großbritannien im Verlaufe des Krieges gemacht habe, bei der man nicht bereit sei, sie der Prüfung einer internationalen Konferenz zu unterbreiten, die nach dem Kriege den Völkerbund aufbauen solle.

Dieser scheinbare Widerspruch zwischen Bonar Law und Asquith läßt sich vielleicht ganz einfach dadurch aufklären, daß Asquith Ägypten nicht zu den im Verlauf des Krieges eroberten Gebieten rechnet. Tatsächlich hatten sie sich ja auch längst zu Herren des Landes gemacht und die nach außen hin bis zum Kriege aufrechterhaltene „Selbstständigkeit“ des Landes unter einem von den Engländern ernannten Puppensultan war nur eine leere Fassade. Und somit zogen Bonar Law und Asquith trotz der scheinbaren Abweichung an einem Strang.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Zum Dank für das schwedische Hilfswerk an unsere Gefangenen hat Kaiser Wilhelm an den König von Schweden ein Telegramm gerichtet, in dem der Monarch seinen und des deutschen Volkes Dank für die Tätigkeit der schwedischen Mission in Rußland für das Wohl der deutschen Gefangenen ausdrückt. Der König von Schweden antwortete in herzlichen Worten.

• Das preussische Herrenhaus hielt am letzten Sonnabend eine kurze Sitzung ab. Zunächst wurde das Wohnungsgezet in der nunmehrigen Fassung des Abgeordnetenhauses auch vom Herrenhaus angenommen und damit endgültig verabschiedet. Die Vorlage auf Erhöhung der Tarife für den Güter- und Tierverkehr wurde durch Eisenbahnminister v. Breitenbach mit dem Hinweis auf die ständig steigenden Ausgaben begründet. Die Vorlage fand die Zustimmung des Herrenhauses. Im übrigen wurde eine große Zahl von Eingaben erledigt. Eine Eingabe des deutsch-evangelischen Eiltlichkeitsvereins auf Erlass eines Reichskinogesetzes wurde der Regierung als Material überwiesen. Über eine Eingabe des Erfinders Hermann Ganswindt, der von der Regierung Entschädigung für die von ihm aufgewandte Mühe zur Herstellung leuchtbarer Luftschiffe verlangt, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Wie der Berichterstatter mitteilte, hat das Kriegsministerium die Erfindung für unbrauchbar erklärt. Wenn die nächste Sitzung des Herrenhauses stattfinden wird, ist noch unbestimmt.

• Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes vorgegangen, in dem ein neuer Kredit von 15 Milliarden Mark verlangt wird. Die bisher bewilligten Kredite belaufen sich auf 100 Milliarden Mark, so daß also nach Annahme dieser Vorlage 114 Milliarden Mark bewilligt sind. Die letzte Bewilligung fand Ende November 1917 statt, die vorletzte im Juni 1917. Von den Krediten sind bisher 72,8 Milliarden durch Kriegsanleihe flüssig gemacht.

• Die deutschen Eigentümer von russischen Staatsanleihen, staatlich garantierten Eisenbahn-Obligationen und sonstigen Wertpapieren mit Garantie des russischen Staates werden aufgefordert, ihre Stücke bis zum 18. März dieses Jahres zur Abstempelung bei einer Reichsbankanstalt, und zwar zunächst bei derjenigen, bei der sie auf Grund der Bekanntmachung über die Annahme von Wertpapieren vom 23. August 1916 angemeldet worden sind (in Berlin bei der Reichsbank, Lombardkontor), einzureichen. Die Aufforderung findet auf Grund des deutsch-russischen Friedensvertrages statt, wonach die Vertragschließenden die Vergütung ihrer gegenseitigen Verbindlichkeiten wieder aufnehmen.

• Die Stellung des Bundesrates zur Zensurfrage wird in einer Entschließung zusammengefaßt, in der es u. a. heißt: „Die Förderung der Krieges- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik unterliegt nicht der Zensur. Diese ist auf die Wahrnehmung der Interessen der Kriegsführung beschränkt. Die militärische Zensur kann aber nicht nur das Gebiet der Mitteilungen von Tatsachen der Kriegsführung

und deren Kritik, sondern durch solche Erörterungen militärische Unternehmungen beeinträchtigt werden könnten, umfassen. Der Begriff „Tatsachen der Kriegsführung“ ist zu eng. Aus dem gleichen Grunde ist es auch nicht annehmbar, das Verbot von Zeitungen nur aus Gründen der Gefährdung militärischer Unternehmungen eintreten zu lassen.“

• Einen Aufruf an die Elsas-Lothringer hat der Statthalter in Straßburg öffentlich anschlagen lassen. Der Statthalter erinnert darin im Anschluß an die Kundgebungen in der Sorbonne in klammernden Worten die Elsas-Lothringer an ihre deutsche Stammesart und erklärt, daß unerfütterlich und hart wie Eisen der Wille des deutschen Volkes sei, am Bestande des Reiches nicht rütteln zu lassen und Elsas-Lothringen niemals preiszugeben. Gibt Lüge sei es, wenn Frankreich sein Eroberungsziel und die Befriedigung seiner Rachsucht als „Desamexion“ bezeichne.

Polen.

• Über die Aufgaben der polnischen Politik schreibt die Warschauer Zeitung „Głosina Polski“, es bleibe dem polnischen Staate keine andere Wahl, als ein Bündnis mit dem einen Nachbarn und ein Abkommen mit dem andern zu schließen. Polen habe untätig der Tragödie der vier Jahre zugehört und damit Zeit und Gut verloren. Der Traum von einem großen und mächtigen Polen sei zerbrochen.

Österreich-Ungarn.

• In der Frage einer selbstständigen ungarischen Armee nimmt die ungarische Regierung folgenden Standpunkt ein: Die Erledigung der Behrreform sei ausschließlich eine innere Angelegenheit zwischen Ungarn und der Krone, bei der Österreich kein Einspruchsrecht besitzt. Die Aufstellung einer selbstständigen Armee ist bereits beschlossen. Die ungarische Regierung besitzt hierfür Garantien. Mit der Krone hat man wirtschaftliche Fragen der Behrreform geregelt, die aber das Wesen der Armee selbst unberührt nicht berühren. Diese halbamtliche Feststellung steht im Gegensatz zur letzten Rede des österreichischen Ministerpräsidenten im Reichsrat, der behauptete, daß Österreich ein Einspruchsrecht gegen die Behrreform geltend gemacht habe.

Frankreich.

• Ein seltsamer spanisch-französisch-englischer Handel wurde von Clemenceaus Blatt „Domine libre“ angeregt. Danach soll Spanien seinen ergrauten Besitz in Marokko an Frankreich abtreten, wofür es von England Gibraltar zurückbekommen soll. England soll mit Costa entschädigt werden. Die Ausführungen des Blattes lassen erkennen, daß die beabsichtigten Verhandlungen tatsächlich im Gange sind. Man will also Spanien um jeden Preis für die Entente gewinnen.

Amerika.

• Der Ankauf ausländischen Eigentums in den Vereinigten Staaten ist jetzt vom Senat anzuheben worden. Durch eine entsprechende Gesetzesvorlage wird Palmer, der Verwalter des fremdländischen Eigentums, ermächtigt, nach einem Ermessen ausländisches Eigentum in den Vereinigten Staaten zu kaufen und zu verkaufen. Der Antrag wird auch die Vereinigten Staaten in die Lage versetzen, deutsche Schiffahrtsbureaus und Gasanlagen zu erwerben. Auf Grund dieser Vorlage hat Präsident Wilson die Ermächtigung erteilt, die Docks und Landungsplätze der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd in Hoboken zu enteignen oder zu übernehmen.

• Die Handelsperre gegen Deutschland nach dem Kriege beschäftigt in den Vereinigten Staaten die weitesten Kreise. Der Bund der amerikanischen Großindustriellen ließ seinen Mitgliedern ein Rundschreiben über die von der Handelskammer der Vereinigten Staaten vorgeschlagene Vorkaufsertung des deutschen Handels nach dem Kriege ausgehen. Das Ergebnis des Rundschreibens war, daß sich die meisten Mitglieder gegen jede Unterbindung des normalen wirtschaftlichen Verkehrs nach dem Kriege aussprachen und den Vorschlag der Handelskammer energig ablehnten. Erst kürzlich hat sich bekanntlich die Seemannsgewerkschaft gegen den gleichen Vorschlag ausgesprochen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 11. März. Botschafter a. D. Rumm, Vertreter Deutschlands bei der ukrainischen Regierung hat sich nach Kiew begeben.

Berlin, 11. März. Der preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine nahm in seiner Verbandstagung einen Beschluß gegen das gleiche Gemeindegewaltrecht an.

Berlin, 11. März. Der für Finnland ernannte Gesandte Freiherr v. Brühl tritt heute die Reise nach Finnland an.

Berlin, 11. März. In der deutsch-perussischen Gesellschaft äußerte Legationsrat Rabold die Zuversicht, daß die englische Front in Südwesten zum Wanken kommen werde.

Berlin, 11. März. Der Staatshaushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses beendete die allgemeine Besprechung des Landwirtschaftshaushaltsplanes und vertagte die Einzelberatung.

Berlin, 10. März. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht den Wortlaut des deutsch-russischen Zusatzvertrages. Dieser behandelt folgende Punkte: 1. Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen. 2. Wiederherstellung der Stadtverträge. 3. Wiederherstellung der Privatrechte. 4. Ersatz für Zivilschäden. 5. Austausch der Kriegsgefangenen, und Zivil-Internierten. 6. Fürsorge für Rückwanderer. 7. Amnestie. 8. Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Kaufmannsschiffe und Schiffsladungen. 9. Organisation des Spitzbergen-Kompens. In den Schlussbestimmungen wird festgesetzt, daß der Zusatzvertrag gleichzeitig mit dem Friedensvertrag in Kraft tritt.

Berlin, 11. März. Der Zentralvorstand der national-liberalen Partei faßte mit 104 gegen 24 Stimmen einen Beschluß, der die preussische Landtagsfraktion ersucht, sich auf den Boden der Regierungsvorlage hinsichtlich des gleichen Wahlrechts zu stellen.

Berlin, 9. März. Der zum deutschen Vertreter in Finnland bestimmte Generalleutnant v. Breda begibt sich in den nächsten Tagen auf seinen Posten.

Genf, 9. März. Nach der Aussprache über die Blockierungen anläßlich des Doloprozesses hat die französische Kammer mit 400 gegen 76 Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Lissabon, 9. März. Das Ministerium wurde unter Ausschluß der Unionisten von Sidonio Teas neu gebildet.

Madrid, 9. März. Infolge von Streitigkeiten über eine neue Steuerreform ist das Kabinett Garcia Prieto zurückgetreten.

Wien, 11. März. Kaiserin Jitta ist gestern von einem Bringen glücklich entbunden worden. Die hohe Wöchnerin wie auch der neugeborene Prinz befinden sich wohl.

Kopenhagen, 11. März. Nach Meldungen aus Petersburg hat der Rat der Volkskommisäre Tschetwinski zum Nachfolger Trotski als Kommissar für auswärtige Angelegenheiten ernannt.

Bruch, 11. März. Aus Athen wird berichtet, daß sich die Gegnerin gegen Venizelos verstärkt, seitdem die Nachricht vom rumänischen Friedensschluß bekanntgeworden ist.

Bern, 11. März. Wie das römische Amtsblatt meldet, wurde über San Severo und weitere acht Gemeinden der awulischen Provinz Foggia der Kriegszustand verhängt.

Washington, 10. März. Präsident Wilson hat vier Lobfeste ausgedrückt, die das Kriegsamt vorgeschlagen hat, genehmigt. Die erste ist ein Dienstkreuz, die zweite eine Dienstmedaille, die dritte Kriegsdienststreifen, die vierte Streifen für Verdienste. Frauen können das Kreuz oder die Medaille erhalten.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(124. Sitzung.)

Bz. Berlin, 11. März.

Das Haus setzte die Aussprache über den Haushaltsplan für die Eisenbahnen fort und beschäftigte sich in der Hauptsache mit

Eisenbahn-Beamten- und Arbeiterfragen.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Alle Wünsche für die Beamten und Arbeiter werden sorgfältig geprüft. Der engere Zusammenschluß der Arbeiterorganisationen der Eisenbahn vollzieht sich in höchst unerwünschten Formen. Die Beamten schließen sich enger zusammen. In einer Eingabe, die dem Hause vorliegt, sind aber unberechtigte Beschwerden enthalten, die ich nach Form und Inhalt zurückweisen muß. Wenn durch einen Antrag Lohnverbesserungen in bestimmter Form begehrt werden, so ist das nach meiner parlamentarischen Erfahrung ohne Vorgang und bedenklich. Wir werden immer dafür sorgen, daß die Lohnverhältnisse der Beamten und Arbeiter mit den Anforderungen der Lebenshaltung möglichst im Einklang stehen. Diese Erklärung wird dem Hause genügen. Ich bitte daher den Antrag abzulehnen.

Abg. Dellus (Fortf. v. p.) tritt für erhöhte Feuerungszulagen an Beamte und bessere Fürsorge für Hilfsangestellte und Arbeiter ein. Die unentschuldigten Eisenbahnbediensteten seien vielfach auf schlechte Entlohnung und Ernährung zurückzuführen.

Noch mehrere Abgeordnete tragen Arbeiterwünsche vor und bedauern das geringe Entgegenkommen gegen die Organisationen. Der Eisenbahnminister wendet sich gegen die erhobenen Vorwürfe und versichert nochmals, daß er den Angelegenheiten der Arbeiter mit Wohlwollen gegenüberstehe, aber die Disziplin könne nicht ausgedehnt werden.

Nach längerer Aussprache wird der Eisenbahnetat erledigt. Die Anträge auf Lohnverbesserungen gehen an den Hauptausschuß, worauf sich das Haus auf morgen vertagt. Tagesordnung: Handel und Gewerbe.

Die preussische Wahlreform.

Berlin, 9. März.

Über die weitere Behandlung der Wahlrechtsvorlage für Preußen entstand im Verfassungsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses heute wieder eine längere Auseinandersetzung. Konservative, Zentrum und Freikonservative äußerten sich dahin, die zweite Lesung sei hier unmöglich ohne vorherige Rücksprache mit ihren Fraktionen, die aber vor Ostern nicht mehr zusammenkommen können. Fortschritt, Sozialdemokraten und Polen erwiderten in diesem Verfahren eine neue Verzögerung der Wahlreform. Zu einer Abstimmung kam es nicht, vielmehr soll der Altkreisenausschuß Anfang der nächsten Woche über die künftige Behandlung der Wahlrechtsvorlage Beschlüsse fassen. Der Ausschuss setzte dann die Aussprache über die etatsrechtlichen Vorlagen fort. Ein sozialdemokratischer Antrag, eine Vorlage, die im Abgeordnetenhaus zweimal angenommen sei, könne auch ohne Genehmigung des Herrenhauses Gesetz werden, wenn der König sie genehmige, wurde abgelehnt, ebenso ein fortschrittlicher Antrag, der an die Stelle der zweimaligen eine dreimalige Annahme setzen wollte.

Es folgte die Beratung des vom Zentrum gestellten Antrags, der alle geltenden Gesetze über das Verhältnis der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche zum Staat unter verfassungsmäßigen Schutz gestellt wissen will, ebenso die Konfessionslosigkeit der Volksschulen. Zu jeder Verfassungsänderung soll künftig eine Zweidrittelmehrheit in jeder Kammer erforderlich sein. — Der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg erklärte, daß die Regierung zurzeit noch nicht in der Lage sei, sich endgültig zu dem Antrag zu äußern. Der Zentrumsantrag wird schließlich, nachdem sich die Redner anderer Parteien durchweg dagegen geäußert, abgelehnt, angenommen wird dagegen ein Antrag, der Artikel 85 der Verfassung dahin ändern will, daß die Kammer von Entschädigungen

an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses künftig nicht mehr eine Angelegenheit der Verfassung, sondern nur eine gewöhnliche gesetzliche Angelegenheit sein soll.

Auch einige weitere Abänderungsanträge zu der Vorlage werden abgelehnt und dann die Beratung der Wahlprüfungen begonnen. Die Freikonservativen beantragen, daß über Einsprüche gegen die Gültigkeit von Landtagswahlen das Oberverwaltungsgericht entscheiden soll. Schließlich wird noch die Frage des Mantelgesetzes entschieden, die mit den Stimmen des Zentrums, der Konservativen, der Freikonservativen und Nationalliberalen angenommen wird. Nach diesem Beschluß sollen alle drei Vorlagen in einem unlöslichen Zusammenhang miteinander stehen. Dann wird die Weiterberatung vertagt.

Daimler.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstages.

A.-L. Berlin, 9. März.

Der Hauptausschuß des Reichstages hat sich heute und gestern mit einer Frage beschäftigt, die mit jedem Tage des Krieges brennender geworden ist: mit den Kriegsgewinnen gewisser für den Heeresbedarf liefernder Firmen. Dabei handelte es sich in erster Linie um die Automobilindustrie, deren Gewinne sich in jedem Kriegsmonat unverhältnismäßig gesteigert und schließlich dazu geführt haben, daß es zu ersten Reimungsverschiebungen mit der Heeresverwaltung kam, in deren Verlauf, wie im Hauptausschuß mitgeteilt wurde, der Leitung der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim eine militärische Aufsicht beigeordnet wurde.

Daß die Dinge sich so entwickeln konnten, entspricht einer zwingenden Logik der Tatsachen. Bei Ausbruch des Krieges, als von allen Seiten auf uns Kriegserklärungen niederkam, sah sich die Heeresleitung vor die Notwendigkeit gestellt, an die Industrie die denkbar größten Anforderungen zu richten. Dementsprechend mußten von vornherein ziemlich hohe Preise gezahlt werden und wenn sie auch sofort kalkulationsweise ermittelt und festgelegt wurden, so blieb angesichts des schwankenden Marktpreises der Rohmaterialien der stetig sich steigenden Löhne und der wachsenden Schwierigkeit der Beschaffung aller Rohstoffe der kaufmännischen Berechnungsfunk der Industrie doch ein weiter Spielraum. Dazu kam, daß der Kontrolle der Militärbehörde wirksam entgegengeordnet wurde, indem große wie mittlere und kleine Betriebe die Vorlegung der Bücher systematisch verweigerten und einem etwaigen Zwange mit Stilllegung der Betriebe entgegenzutreten drohten. So war im allgemeinen die Lage zwischen der für das Heer liefernden Industrie und der Heeresverwaltung.

Was nun die Firma Daimler anlangt, so nahm sie von vornherein innerhalb der Industrie, auf die das Oberbeamteten angewiesen war, eine besondere Stellung ein. Die Daimler-Motoren-Gesellschaft, die seit 1890 besteht, betreibt die Ausbeutung der weltberühmten von G. Daimler in Cannstatt stammenden Petroleum- und Gasmotorenherstellung. Sie stellt Kraftfahrzeuge, Last- und Krankenwagen, Luftschiff- und Flugmotoren her. Naturgemäß war die Heeresverwaltung auf ihre Mithilfe bei Ausbruch des Krieges ganz besonders angewiesen. In welchem Umfange die Daimler-Motoren-Gesellschaft für die Heeresverwaltung tätig ist, geht aus der Darstellung des Berichterstatters im Hauptausschuß hervor, wonach die Daimler-Werke allein bei einer Erzeugung von 500 Motoren monatlich an diesem Artikel jährlich 48 Millionen Mark verdienen. Wenn man das allgemeine Gewinnkonto der Gesellschaft sieht, wird ersichtlich, daß die Aktien des Unternehmens, die 1911 298 standen, jetzt bis über 1000 gestiegen sind.

Dieses gewaltige Unternehmen legte erst 1910 eine genaue Kalkulation vor und es ergab sich, daß Daimler bei ausgezeichneter Fabrikation der billigste Lieferant war. Wenn jetzt zur militärischen Kontrolle des Betriebes geschritten worden ist, so sind alle Maßnahmen getroffen, um die Heeresverwaltung aus ihrer Zwangslage zu befreien. Ob damit das Problem gelöst ist, mag dahingestellt bleiben, es wird doch notwendig sein, auf den im Hauptausschuß erörterten Antrag zurückzukommen, der eine Bundesratsverordnung, betreffend die Überwachung aller für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe verlangt. Alle Redner im Hauptausschuß, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, waren in der Beurteilung der Geschäftspraktiken der Industrie einig, die die Not des Vaterlandes benützt, um ungeheure Gewinne zu machen, die der Allgemeinheit nicht zugute kommen. Man wird also wohl oder übel — dahin zielen die Ausführungen aller Redner — nicht nur Überwachungs- und Preisprüfungsstellen einrichten, sondern eine allgemeine militärische Kontrolle der Rüstungsbetriebe einrichten müssen. Dann ist der „Fall Daimler“ der letzte seiner Art gewesen.

Die Überwachung der Kriegsbetriebe.

Von dem Abg. Cohn (N. Soz.) ist mit Unterstützung von Abgeordneten des Zentrums, der Volkspartei und der Mehrheitssozialisten ein Antrag eingebracht, der eine Bundesratsverordnung zur Überwachung der Geschäftsbücher und der Preisbildung in sämtlichen für den Heeresbedarf arbeitenden Betrieben verlangt. Ein weiterer von sozialdemokratischen Seite eingebrachter, vom Zentrum und einem Nationalliberalen unterstützter Antrag will Militärisierung aller für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe, die durch übermäßige Preise das Reich schädigen. Solchen Betrieben sollen für die Zeit der Militärisierung nur solche Preise bezahlt werden, welche die Verzinsung des verwendeten Kapitals von 5% gestatten. Ferner beantragt Abg. Eraberger (Zentr.), alsbald bei sämtlichen zentralen Beschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine Preisprüfungsstellen einzurichten.

Abg. Gothein (Np.) betont, man habe gewünscht, daß vieles auch in den Vergewungen der Lieferungen an Heer und Marine. Was hier vorliegt, sei nur ein kleiner Teil. Oft wurden Fabrikanten abgewiesen und Schieber erhielten die Aufträge. Ein Teil des Beamtenums habe seinen guten Ruf verloren. Der Redner erinnert an frühere noch nicht erledigte Fälle und kommt auf den Prozeß Philipp-Bliesbade zu sprechen. Es sei Preisprüfung in der Anlage wegen Kriegswuchers bei Heereslieferungen erfolgt. Aber die lediglich vorliegenden Zeitungsberichte genügen nicht zu einem abschließenden Urteil. Das Urteil über Daimler könne nicht scharf genug sein. Man müsse mit Vorparaten gegen die Heeresverwaltung, die sich täuschen ließ, zurückhalten. Jedenfalls sei starker Verdacht gegen Daimler gerechtfertigt.

General v. Brieschke erklärt, das Volk merke

leben, das mit scharfen Mitteln durchgegriffen werden. Der Chef des Heeresamts, General Schenk, führt gegen den Antrag Cohn Bedenke, bei der Regierung kein Bedenken, wohl aber gegen die weiteren Anträge. Cohn (N. Soz.) sagt, man solle auch hier den Belagerungszustand berücksichtigen. Für die Wiederherstellung des Friedens habe die Heeresverwaltung die Lieferanten doch in der Geheimrat im Reichsjustizamt v. Simon ist der Ansicht, gemachten übermäßigen Gewinne seien mit dem doppelten Betrag wieder einzuliefern. Es werde erzwungen, sie nicht bei den Lieferanten, sondern auch bei den Aktionären zu ihren Erben zu erlassen. Abg. Schiele (Np.) stimmt dem Antrag auf Erlass einer neuen Bundesratsverordnung zu, die die übrigen Anträge aber würden keine Freunde abgeben. Selbstverständlich müßte bei den Daimlerwerken zugegriffen werden, wenn die Dinge so liegen.

Die Aussprache zieht sich bis gegen Abend hin. Inzwischen ist ein nationalliberaler Antrag eingegangen auf Erlass einer Zentral-Prüfungsstelle der Kriegslieferungen mit der Aufgabe, die anderen Prüfungsstellen zu überwachen. Die Abstimmung über die Anträge wurde bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt. Nächste Sitzung Mittwoch.

Rücktritt Trotski.

Sieg Lenins und der Friedenspartei.

Petersburg, 9. März.

Nach einer Denkschrift von seinem Vize-Vorsitzenden, der russischen Revolution, ist Trotski von seinem Posten als Vizevorsitzender für auswärtige Angelegenheiten zurückgetreten.

Nach Wlissnow und Kerenki ist nun auch der Stern am russischen Revolutionshimmel plötzlich erloschen. Als die russische Revolution ausbrach — im März 1917 —, hatte Trotski verbannt und fast unbekannt in New York. Mit geliehener Hilfe gelangte er nach Rußland und ließ sich dort der Partei Lenin an. Als dann der Ruf nach Frieden immer lauter wurde und Kerenki's Stern im Erblichken war, schlug die Partei Lenin und Trotski. Die Verbannenen von einst, die Hunger und Not ein Menschenalter ausgebracht hatten, wurden die fast unumschränkten Gebieter von 170 Millionen Menschen.

Der temperamentvollere von beiden, Trotski, ist den Nachtrahen in vollen Zügen und überließ dabei sein Ziel, wie das Wädliche und Erreichbare. So hat in vier Monaten seine Volkstümlichkeit vergrößert. Friedensschluß von Brest-Litowsk, der ihn in seinen Gegnern zu Lenin und der Friedenspartei brachte, seinen Sturz besiegelt. Nach wenigen Monaten, wenn die Sieg der Friedenspartei erst vollkommen sein wird, ist Trotski's Name vergessen sein, dem Dunkel anheimgefallen, dem er meteorgleich entstieg.

Wie von anderer Seite gemeldet wird, soll sich Lenin zum Rücktritt entschlossen haben. Als Lenins folger Lenin soll der frühere Minister Rischin, der in einigen Tagen aus der Peter Pauls-Festung entlassen worden ist, in Aussicht genommen sein.

Rußland zahlt nicht mehr.

Der oberste Wirtschaftsrat veröffentlicht einen Beschluß, der die sofortige Ausfuhr des Dekrets betreffend die Nichtigkeitsklärung der russischen Staatsanleihen anordnet.

Ein weiterer Beschluß des Wirtschaftsrates setzt die Kaufmonopole für Streichhölzer, Kerzen, Reis, Kaffee, andere nach Rußland eingeführte Spezialewaren fest.

Die Rosaken erkennen den Frieden nicht an.

In Nowosibirsk, das sich wiederum in der der Rosaken befindet, wurde ein Kongreß abgehalten, dem folgende Beschlüsse gefaßt wurden: 1. Die Bolschewiker-Lenin-Regierung weiterhin nicht anerkennen. 2. Den unterzeichneten Friedensvertrag mit den Bolschewikern für null und nichtig zu erklären. Der Friedensvertrag mit Rußland kann nur mit den Vertretern der in Rußland wohnenden Nationen abgeschlossen werden. 3. Die Rosaken werden mit den Bolschewikern so kämpfen, bis die Rote Garde den Boden der Rosaken verläßt.

Krylenkos Nachfolger.

Zum Nachfolger des Oberbefehlshabers der Truppen Krylenko, ist der frühere Kommandant der Nordfront General Tscherepninow, ausgerufen. Tscherepninow ist der Günst der Bolschewiki-Regierung zu erkennen, der beteiligt sich an allen Sitzungen im Smolno-Institut.

Rußland zahlt nicht mehr.

Der oberste Wirtschaftsrat veröffentlicht einen Beschluß, der die sofortige Ausfuhr des Dekrets betreffend die Nichtigkeitsklärung der russischen Staatsanleihen anordnet.

Ein weiterer Beschluß des Wirtschaftsrates setzt die Kaufmonopole für Streichhölzer, Kerzen, Reis, Kaffee, andere nach Rußland eingeführte Spezialewaren fest.

Die Rosaken erkennen den Frieden nicht an.

In Nowosibirsk, das sich wiederum in der der Rosaken befindet, wurde ein Kongreß abgehalten, dem folgende Beschlüsse gefaßt wurden: 1. Die Bolschewiker-Lenin-Regierung weiterhin nicht anerkennen. 2. Den unterzeichneten Friedensvertrag mit den Bolschewikern für null und nichtig zu erklären. Der Friedensvertrag mit Rußland kann nur mit den Vertretern der in Rußland wohnenden Nationen abgeschlossen werden. 3. Die Rosaken werden mit den Bolschewikern so kämpfen, bis die Rote Garde den Boden der Rosaken verläßt.

Krylenkos Nachfolger.

Zum Nachfolger des Oberbefehlshabers der Truppen Krylenko, ist der frühere Kommandant der Nordfront General Tscherepninow, ausgerufen. Tscherepninow ist der Günst der Bolschewiki-Regierung zu erkennen, der beteiligt sich an allen Sitzungen im Smolno-Institut.

Die Entwicklung im Osten.

Kaiser Wilhelm Herzog von Kurland?

Berlin, 11. März.

Deutsche Zeitungen aus dem Gebiet der Verwaltung Ober-Ost berichten: Der Landrat von Kurland hat anachblich beschlossen, die Herzogkrone dem Deutschen Kaiser anzubieten.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist die Thronkandidatur dieser Nachricht bisher in Berlin nicht ernst genommen und an bisheriger amtlicher Stelle von einem solchen Beschluß bis zur Stunde wenigstens nichts bekannt.

Neckblatt für den 12. März.

Sonnenaufgang 6²⁴ | Mondaufgang 5⁴¹ V.
Sonnenuntergang 5⁵⁷ | Monduntergang 5¹⁹ V.
1881 Dichter Friedrich v. Wartburg erst. — 1884 Belegung
Langhaus durch die Engländer — 1912 Eisen der Italiener über
die Türken bei Bengasi — 1916 Dichterin Marie v. Ebner-
Eschbach erst.

Neckblatt für den 13. März.

Sonnenaufgang 6²⁴ | Mondaufgang 5⁴¹ V.
Sonnenuntergang 5⁵⁷ | Monduntergang 5¹⁹ V.
1848 Beginn des Aufstandes in Wien; Sturm Meiternichs —
1861 Biolog Karl Bachmann erst. — 1881 Ermordung Kaiser
Alexanders II. von Rußland. — 1904 Petro-Aufstand. — 1913
Russe der Staatsmann Graf Witte erst.

Ein falsches Gerücht.

In der schwedischen Presse wird berichtet: Prinz
Oskar von Preußen sei als künftiger Herrscher von
Finnland in Aussicht genommen.
An dieser Meldung, die vielfach tendenziös gegen
Deutschland angebeutet wird, ist, wie von amtlicher Stelle
mitgeteilt wird, kein wahres Wort.

Die Einstellung der Feindseligkeiten im Osten.

Am 5. März hat der Oberbefehlshaber Ost einen
Antrag auf den Oberbefehlshaber Ost gerichtet, in dem
er auf die Bedingung des Friedensvertrages hinwies, nach
der die Feindseligkeiten der Front einzustellen wären, in
dem er ferner anfragt, ob alle Anordnungen getroffen sind,
daß die Feindseligkeiten eingestellt werden. Daraufhin
erfolgte am 6. März vom Oberbefehlshaber Ost die Ant-
wort, daß die Einstellung der Feindseligkeiten deutschseits
für den 3. März 1 Uhr nachmittags befohlen wurde.
Wenn es trotzdem noch zu Kämpfen gekommen ist, so wird
dies deutschseits bedauert. Die Ursache war der Wider-
stand, der in Estland und in der Ukraine geleistet wurde.
Es ist der lebhafteste Wunsch der Obersten Heeresleitung,
daß auch diese Kämpfe bald völlig aufhören und daß
sowohl die dazu erforderlichen Anordnungen getroffen
werden. Damit erledigen sich die tendenziös in der aus-
ländischen Presse verbreiteten Nachrichten.

Kanalverbindung von der Ostsee zum Schwarzen Meer.

Die in der Anbahnung begriffene wirtschaftliche
Öffnung in Rußland schließt auch den großartigen Plan
eines Kanals vom Baltischen Meer bis zum Schwarzen
Meer in sich. Das Projekt lehnt sich an den Beginn
kanal an, seine Ausführung erfordert zwei Milliarden
Ruble. Die maßgebenden deutschen Stellen stehen dem
Plan sympathisch gegenüber, auch das deutsche Kapital
dürfte nicht zurückhalten. Mit der Erklärung Rigas zum
Freihafen dürfte den Interessen Rußlands entgegen-
genommen werden. Im Süden wird die Ukraine von dem
neuen, mit allen modernen Einrichtungen zu versehenen
Kanalweg profitieren.

Freilassung des Großfürsten Michael.

Die Petersburger Regierung hat die Freilassung
des Großfürsten Michael, des jüngsten als Regenten ver-
ordneten Bruders des Zaren, angeordnet.
Man nimmt allgemein an, daß diese Freilassung des
Großfürsten Michael, der in seiner Wohnung unter-
gebracht wurde, eine Folge der Erklärung der monarchi-
schen Bewegung ist.

Der deutsche Tagesbericht.

(Amtlich. B. L. V.)

Großes Hauptquartier, den 10. März 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschlacht Kronprinz Rupprecht.
Die englischen U-Boot-Gruppierungen dauerten an; für-
der Abteilungen brachen südlich von Romby vor. Bei
ihrem Abwehr wurden Gefangene gemacht. Am Abend viel-
fach anhaltender Feuerkampf.

Seereschlacht Deutscher Kronprinz.
Nördlich von Reims drangen Sturmtruppen in die feind-
lichen Gräben und brachten Gefangene zurück. Erhöhte
Gefechtsintensität beiderseits von Dunes.

Seereschlacht Derjona Albrecht.
Nordwestlich und westlich von Namont am Abend rege
Feuerintensität der Franzosen. Nach mehrstündiger Ar-
tillerievorbereitung griffen feindliche Abteilungen
am Nachmittag zwischen Ancerville und Badonville an
und drangen teilweise in unsere vorderen Gräben ein.
Der unseren Gegenstößen zog sich der Feind in seine Aus-
postenstellungen zurück. Württembergische Sturmtruppen,
sächsische Landwehr und Flammenwerfer nahmen bei
einem Vorstoß in die französischen Stellungen südwestlich
von Marfisch 1 Offizier und 36 Mann gefangen.

In den beiden letzten Tagen wurden 28 feindliche
Panzer und 1 Kesselballon abgeschossen. Jagdstaffel
1 brachte ihren 200. Gegner zum Absturz.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Großes Hauptquartier, 11. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artillerie- und Minenverfertigung lebte am
Abend vielfach auf, rege Erkundungstätigkeit hielt an.
Wichtige Abteilungen drangen an mehreren Stellen der
westlichen Front in der Gegend von Armentières und
an dem westlichen Maasufer in die feindlichen Gräben
ein und brachten Gefangene und Maschinengewehre zurück.
Bei einer deutschen Unternehmung nordöstlich von Reims
wurde wiederum eine in letzter Zeit mehrfach beobachtete
aus der Kathedrale von Reims eingerichtete Blinkstelle der
Franzosen in Tätigkeit.

Hauptmann Ritter von Tutschek und Leutnant Bül-
loh errangen ihren 27. Oberleutnant Vethge seinen
30. Lustflieg.

Osten.

Feindliche Bauden wurden bei Bachmatz (nordöstlich
von Kiew) und bei Rasdjelnaja (an der Bahn Schmerino-
Kiew) zerstört.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die Rumänen räumen die Bukowina.

Aus dem österreichischen Kriegspostquartier wird ge-
meldet: Den Bestimmungen des Vorfriedensschlusses mit
Rumänien zufolge räumen die Rumänen seit dem 7. März
die von ihnen bisher noch besetzt gehaltenen Teile der
Bukowina. Von den ihnen nachrückenden österreichischen
Detachements zog ein österreichisch-ungarisches Bataillon
in Anwesenheit eines Divisionskommandanten in die Stadt
Sereeth ein.

Deutscher Einspruch in Petersburg.

Entgegen den Abmachungen im Friedensvertrage hat
die russische Regierung bisher weder die Verbleibenden aus
Estland und Livland freigegeben, noch macht sie Anstalten
dazu.

Die deutsche Regierung hat nun auf dem Wege eines
nach Petersburg gerichteten Einspruchs energische Ver-
wahrung gegen die weitere Verhinderung der Deutschen,
Esten und Letten eingelegt und gleichzeitig darauf hin-
gewiesen, daß die Handlungswelt der russischen Regierung
den mit ihr geschlossenen vertraglichen Abmachungen in
wichtigster Weise zuwiderläuft.

Es ist anzunehmen, daß die deutsche Regierung, falls
dieser Protest wirkungslos bleiben sollte, es an einer
deutlicheren nicht mißzuverstehenden Frage nicht fehlen
lassen wird.

Ritter v. Tutschek — Oberleutnant Buddede 4.

Der im letzten Generalstabsbericht genannte Haupt-
mann Ritter v. Tutschek hat seinen 27. Lustflieg erlitten.

Er ist einer jener Offi-
ziere, die erst ihre Lauf-
bahn begannen, als
Jungmann und Völke
bereits ihr Hel-
denleben beschlossen hatten.
Aber der Geist dieser
Unvergleichlichen lebt
wie in so vielen andern
auch in diesem kühnen
Flieger, der in letzter
Zeit wiederholt als
Sieger im Luftkampf
genannt wurde. — Mit
Oberleutnant Buddede,
der am Sonntag im
Luftkampf gefallen ist,
ist einer unserer er-
probtesten Flieger dahin-
gegangen. Bereits im
Frühjahr 1916 wurde
er mit dem Orden
Pour le mérite aus-
gezeichnet. Der kühne
Flieger, der sich auch
durch wertvolle Er-
kundungsflüge hervorgetan, gehörte vor dem Kriege dem
Leibgarde-Infanterie-Regiment (1. Großherzoglich Hessisches)
Nr. 115 als Reserveoffizier an, im vorigen Jahre wurde
er als Oberleutnant mit einem Patent vom 27. Januar
wieder in die Heere angestellt.



Ritter v. Tutschek.

Der Krieg zur See.

Unsere tägliche U-Boot-Strecke.

Berlin, 9. März.

Amtlich wird gemeldet: Auf dem nördlichen Kriegs-
schauplatz fügten unsere U-Boote den Gegnern einen Verlust
von 20 500 Br.-Reg.-To. Handelschiffsräumen zu.

Die Erfolge wurden größtenteils an der Westküste
Frankreichs und im Westausgange des Armellkanals erzielt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 10. März. Eines unserer Unterseeboote,
Kommandant Kapitänleutnant Spich, hat unseren Ge-
gnern durch Vernichtung von 35 000 Br.-Reg.-To. Schiffs-
raum schweren Schaden zugefügt. In glänzender durchge-
führten Angriffen wurden in der Einfahrt zur Irischen See
unter erheblicher Gegenwirkung ein schwer beladener ameri-
kanischer Frachtdampfer von etwa 10 000 Br.-Reg.-To., ein
Landdampfer von etwa 5000 Br.-Reg.-To. und aus einem
stark geschützten Kreuzer das Schlupfschiff von etwa 3000
Br.-Reg.-To. abgeschossen. Am Abend des 1. März torpe-
dierte das Boot den von mehreren Zerstörern begleiteten
englischen Hilfskreuzer „Calgarian“ von 17 515 Br.-Reg.-
To. Da der Hilfskreuzer nicht sofort sank und von Bewaff-
nungsfahrzeugen in Schleppe genommen wurde, griff er ihn,
angedrängt der von allen Seiten zur Verfügung des wertvollen
Schiffes herbeieilenden Zerstörer und Bewachungsfahrzeuge
ernannt an und versenkte ihn durch einen zweiten Torpedo.

Wieder 18 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 11. März.

Amtlich wird gemeldet: Unsere Unterseeboote haben
im Verrgebiet um England 18 000 Br.-Reg.-To. Schiffs-
raum vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen waren zwei Engländer,
nämlich der bewaffnete Dampfer „Dalewood“ (2420 Br.-
Reg.-To.) mit 3000 To. Kohlen für die englische Flotte
im Voava Flow bestimmt und der bewaffnete Dampfer
„Largo“ (1784 Br.-Reg.-To.) mit 2000 To. Kohlen für
Belfast. Zwei weitere Dampfer, darunter einer von
4000 Br.-Reg.-To., hatten als Ladung Masut und Öl
an Bord.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 11. März. Auf den Protest der deutschen Regie-
rung-Prärogative der Verhinderung von Einwohnern der Ostsee-
provinzen hat die Petersburger Regierung geantwortet, der
Rücktransport der Verbleibenden sei bereits in die Wege
geleitet.

Wien, 9. März. Admiral v. Diederichs, der
frühere Chef des Admiralsstabes der Marine ist hier gestorben.

Wien, 9. März. Die von verschiedenen Seiten verbreiteten
Gerüchte, Graf Czernin werde nach dem Friedensschluss mit
Rumänien zurücktreten, entbehren jeder Grundlage.

Rotterdam, 9. März. Die englische Presse ist empört
über die Bestimmung des deutsch-russischen Vertrages betr.
Eichbergen. Sie behauptet, England habe vornehmlich
dort Interessen. — Natürlich!

Bern, 9. März. Hier werden demnächst typischen
Deutschland und Frankreich Verhandlungen über den

Austausch von Kriegsgefangenen stattfinden, die vom west-
lichen politischen Departement geleitet werden.

London, 9. März. 750 freigewordene deutsche Zivil-
gefangene und 12 Offiziere sind gestern von Boston nach
Holland abgefahren.

Stockholm, 11. März. „Sozialdemokraten“ und „Stock-
holms Tidningen“ geben zu verstehen, daß Schweden keine
Truppen vom Land zurückziehen wird, da Schwedens
Neutralitätsmission dort beendet ist.

Amsterdam, 11. März. Das englische Nahrungsmittel-
ministerium fordert die Bevölkerung zum Anbau von
Sonnenblumen auf, um auf diese Weise Öl für das Reich
zu gewinnen.

Kopenhagen, 11. März. Der Dampfer „Agos Mendt“,
das Flaggschiff des „Bois“, das bei Skagen auf Grund lief,
ist flottgemacht worden.

Schlusssdienst.

[Draht- und Korrespondenz-Meldungen.]
Dr. Michaelis Oberpräsident von Pommern.

Berlin, 11. März. Von gutunterrichteter Seite verlautet,
daß der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis demnächst
zum Oberpräsidenten von Pommern ernannt werden wird.

Abgeordneter Stolle gestorben.

Glauchau, 11. März. Wie die „Glauchauer Zeitung“ be-
richtet, ist heute früh im benachbarten Gellau der Reichstags-
und Landtagsabgeordnete Stolle 76 Jahre alt nach nur
kurzer Krankheitsdauer gestorben. Stolle vertrat im Reichstag
den 8. sächsischen Reichstagswahlkreis Zwickau.

Neue Bundesratsbeschlüsse.

Berlin, 9. März. In der heutigen Sitzung des Bundes-
rates gelangten zur Annahme der Entwurf einer Verordnung
über die Preise für Hülfs-, Sach- und Drucksachen und der
Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Auszahlung des
Abnahmepreises für enteignete metallene Geschütze und
Substitutionsstoffe.

Frank Wedekind gestorben.

München, 9. März. Im 54. Lebensjahre ist heute nach-
mittag hier der Dichter Frank Wedekind an den Folgen einer
Operation gestorben. Wedekind war einer der „umstrittensten“
unter den neuzeitlichen deutschen Dichtern. Sein großes
Talent wurde allgemein anerkannt, aber die zwischen Ernst
und Spott schwanke Darstellung in seinen Werken wirkte
oft abstoßend. Von seinen Dramen sind die bekanntesten:
„Frühlings Erwachen“, „Der Erdgeist“, „Der Kammers-
sänger“, „Der Marquis von Keith“ und „Sibylla“.

Die Sommerzeit in Österreich.

Wien, 9. März. Laut „Wiener Zeitung“ beginnt die
Sommerzeit am 1. April 2 Uhr morgens und endet am
26. September 3 Uhr morgens.

Freies Geleit für den Grafen Lutzburg.

Saar, 11. März. Nach einer Saarb. Meldung geneh-
migte England für den Grafen Lutzburg, den früheren
deutschen Gesandten in Argentinien, freies Geleit nach
Schweden, verweigerte es aber dem ihm begleitenden
deutschen Arzt.

Oertliche und Provinznachrichten.

Sachsenburg, 12. März.

* Prächtiges Frühlingswetter ist uns seit einigen Tagen
beschieden. Zwar sind die Blüten morgens infolge der
niedrigen Nachttemperatur noch mit leichtem Reif über-
zogen, die warmen Sonnenstrahlen brechen aber schon
in den Vormittagsstunden durch die Nebelschleier und
locken mit ihrem Zauber die ersten grünen Spitzen aus
den vom Winterschlaf erwachten Sträuchern. Als sicherste
Frühlingsboten flogen am Sonntag große Scharen
Kraniche unter lautem Geschrei über die hiesige Gegend
auf ihrem Zuge nach dem Norden.

* Am vergangenen Samstag wurde in Niedermörs-
bach der dortige Einwohner Peter M. leblos aufgefunden.
Da der Aufgefundene ein Stilleschneiden um den Hals
hatte, scheint er einen Selbstmordversuch gemacht zu
haben, wobei der Strid gerissen ist. Sofort angestellte
Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. Gestern
sind gerichtliche Tatbestandsaufnahme an Ort und Stelle
statt.

Vechdorf, 11. März. In der Nacht vom 7. zum 8.
wurde in der zweiten Klasse der hiesigen Bahnhofswirt-
schaft ein Einbruchdiebstahl verübt. Die Diebe ent-
wendeten aus den Schränken und Fächern der Kas-
schenanrichtung für über 400 Mk. Zigarren, Zigaretten,
Weine usw.

Frankfurt a. M., 9. März. Als ein ganz gemeinge-
fährlicher Mensch erwies sich der berüchtigte Einbrecher
Heinrich Trinka aus dem Stadtteil Bornheim. Trinka,
aus der erst kürzlich zu schweren Freiheitsstrafen ver-
urteilt war, auf dem hiesigen Bahnhof seinen Wärtchen
entsprang und später an der Schweizer Grenze ertwischt
wurde, sollte am Donnerstag in Kassel dem Unter-
suchungsrichter zur Vernehmung vorgeführt werden.
Im Vernehmungszimmer ergriß der Vursche plötzlich
einen Stuhl und schlug damit auf den bejahrten Richter
ein der schnell zur Seite sprang und so dem furchtbaren
Schlag entging. Dieser traf den Richterstuhl, der zer-
trümmert wurde. Dann zerhieb Trinka noch seinen
Stuhl; schließlich gelang es, ihn zu bändigen.

Nach und Fern.

* Neue Postwertzeichen mit dem Überdruck „Gültig
9. Armee“ hat die Heeresverwaltung für die am 1. März
eröffnete Landespost im Gebiete der 9. Armee in Ru-
mänien herausgegeben. Zu Sammelzwecken werden die
Wertzeichen bei der Kolonial-Wertzeichenstelle des Brief-
postamts in Berlin C 2 zum Verkauf gestellt.

* Schieber auf der Leipziger Messe. Den außer-
ordentlich regen Verkehr bei der diesjährigen Leipziger
Frühjahrsmesse wollten Meßschieber benutzen, um Mehl,
das sie im Schleichhandel erworben hatten, in Leipzig zu
Hochpreisen abzusetzen. Trotz des Rastentubels in der
inneren Stadt hatte ein Beamter der Volkspolizei
beobachtet, wie mehrere solcher Händler auf einem Bauern-
wagen 20 Zentner des schönsten weißen Weizenmehls einem
größeren Kaffeebeiried zuführten wollten. Das Mehl wurde
beschlagnahmt.

Staates und der Provinz einen Fischereihafen des Strandes, ähnlich dem Westmünder Fischereihafen, anzulegen. Gleichzeitige sollen mehrere kleine Schutthäfen an der Küste von Pommern und Rügen eingerichtet werden.

Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Franz. Aus Wien wird berichtet: Wie verlautet, ist das Verfahren gegen den ehemaligen Präsidenten der Depositenbank Dr. Joseph Franz in allen Punkten eingestellt worden. Dr. Franz war am 4. April d. J. wegen Vergehens der Breitzurei zu neun Monaten strengem Arrest und 20 000 Kr. Geldstrafe verurteilt, jedoch gegen Erlegung einer Bürgsumme von 1 Million Kronen auf freiem Fuße belassen worden. Auf die vom Verteidiger eingebrachte Nichtigkeitsbeschwerde war vom Obersten Gerichtshof das Urteil aufgehoben und ein neuerliches Verfahren angeordnet worden, das nunmehr völlig eingestellt wurde. (Man erinnert sich wohl noch an diesen Prozeß, der seinerzeit großes Aufsehen erregte und zwei österreichische Minister veranlaßte, Entlassungsausschüsse einzusetzen.)

Trichinose. In einem Berliner Krankenhaus wurden Erkrankungen an Trichinose festgestellt, die von dem Genuß von Schinken, Speck und Schweinefleisch herrühren, das von Heeresangehörigen aus dem besetzten Gebiete überhandt worden ist. Es wird daher dringend gewarnt, derartige Fleischwaren ohne vorherige Untersuchung zu genießen.

Schiebungen mit Ammoniak. In Bottrop bei Essen wurden außer großen Kohlschiebungen auch erhebliche Schiebungen mit Ammoniak aufgedeckt. Mehrere Bechenbeamte wurden verhaftet.

Verheerender Zyklon in Australien. Nach einem Bericht aus Brisbane hat ein Zyklon in Australien große

Verwüstungen angerichtet. Für über 50 Millionen Mark Buder ist vernichtet worden.

Kriegsgericht in der Schweiz. Aus Bern meldet man: Bei Almet sind zwei Kriegsgefangene mit einem Doppeldecker aus einer Höhe von 80 Metern abgestürzt. Der Apparat überschlug sich in der Luft und fing Feuer. Beide Offiziere verbrannten.

Explosion in einem englischen Kriegsbetrieb. Reuter meldet amtlich: In einer kleineren Werkstätte der Regierung im Süden Londons ereignete sich am 5. März eine Explosion. Vier Personen wurden getötet, eine verletzt. Die Werkstätte ist zerstört.

Aus dem Gerichtssaal.

Sahnbeamte als Güterbetrüger. Wegen fortgesetzter Güterbetrübungen auf einem der Dresdener Bahnhöfe wurden der aufstrebende Güterbeamte Schmidt zu drei Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, eine Vorarbeiterin zu einem Jahr und fünf andere Angeklagte zu drei bzw. zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Volks- und Kriegswirtschaft.

Keine Verkleidung der Männerkleidung. Das mehrfach verbreitete Gerücht, die Reichsbeleidungsstelle beabsichtige eine allgemeine Verkleidung der im Privatbesitz befindlichen Männeroberkleidung, bekämpft sich nicht. Eine Verkleidung ist nicht in Aussicht genommen, vielmehr nur eine zusammenfassende, gleichmäßig über das ganze Reich sich erstreckende Organisation der freiwilligen Abgabe und Sammlung von getragenen Kleidungsstücken.

Kleiderkarte für Offiziere. Es ist jetzt auch zu einer Rationalisierung der noch vorhandenen Uniformen und Uniform-

stoffe geschritten worden. Eine Kleiderkarte für Offiziere ist eingeführt worden. Alle dem Offiziersstande angehörenden Verleihen erhalten eine solche Karte, in die jede Neuanfertigung eingetragen wird, und ohne die kein Bekleidungsstück ausbezahlt werden darf. Der bisherige Bestand an Kleiderkarten braucht nicht angegeben zu werden. Die Veriorung der Unteroffiziere und Mannschaften wird wie bisher geregelt.

Keine Lichter in Garküchen. Die Reichsbeleidungsstelle beabsichtigt, das Verbot, Lichter in Garküchen und Gasthäusern aufzulegen, zum 1. April zu erweitern. Bisher war es möglich, Lichter noch zu benutzen, wenn die Tische keine gehobelte Blätter hatten, sondern mit irgendeinem Belag versehen waren. Jetzt soll ein allgemeines Verbot befohlen werden, das auch das letzte Licht aus dem Gasthausstich verbietet.

Für die bevorstehende Frühjahrsoberbekleidung werden Kleingartenbesitzer darauf aufmerksam gemacht, daß die Zentralstelle für den Gemüsebau im Kleingarten in Berlin W., Behrenstraße 50/52 neue Merkblätter über Einteilung und Gestaltung eines Kleingartens sowie über Düngung, Kartoffel-, Tomaten-, Zucchini-, Zuckerrüben- und im Kleingarten herausgegeben hat. Diese Merkblätter werden, abgesehen von Vorbestellungen, kostenlos verabfolgt.

Freiwillige Abgabe der Schuhwaren. Das B. Z. von unterrichteter Seite erfährt, wird für die Abgabe von Schuhwaren auf Veranlassung der neugegründeten Reichsstelle für Schuhversorgung in Kürze eine weitestgehende Freigabe der Schuhwaren erfolgen. Diese soll nach der Strahlenlinie von jeder aufrechterhalten werden. Die gegenwärtig noch bestehende Bezugspflicht für Kriegskriegel, Sandalen, Billantoffeln usw. wird also in Kürze beseitigt.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich:
Theodor Kirchhölzl in Hachenburg

Lehrling gesucht.

Bürgermeisteramt Hachenburg.

Holzversteigerung.

Dienstag, den 18. März 1918, vormittags 10 Uhr, anfangend, werden im hiesigen Gemeindefeld Dist. 10 Höfsten

1046 Raummeter

Buchen-Scheit- und Knüppelholz

öffentlich meistbietend versteigert.

Mündersbach, den 11. März 1918.

Kaus, Bürgermeister.

Freiwillige Versteigerung

am Montag, den 18. März d. J., vormittags 10 Uhr, im Hofe bei Hachenburg. Zum Verkauf kommen:
1 Pflug, 1 Häckselmaschine, 1 Jauchefäß, 1 Rüchschneider, 1 Zentrifuge, 1 Butterfaß und sonstige Geräte sowie 1 Stod Hühner.

Christian Greis Witwe.

Tapeten

in größter Auswahl.

Warenhaus

S. Rosenau

Hachenburg.

Prima Lederfett

in verschiedenen Packungen: —: Schmiercreme, Prima Seifenpulver ohne Kanten, Oliva (Schmierseife), R. A.-Seife und Toilettenseife.

Tafelsalz

Backpulver, Sinner's Vanillezucker

Feldpostkartons in verschiedenen Größen empfiehlt

Carl Henney, Hachenburg

Großen Posten

reine Hanfstricke

(Friedensworte) hat zu verkaufen

Geinrich Wurach II.

Obermörsbach.

Briefpapier und Umschläge

loose und in Packungen

empfehlen

Ch. Kirchhölzl, Hachenburg.

Saatkartoffeln

Goldperle, frühe

Jubel, mittelfrühe

Säde müssen eingesandt werden.

Außerdem ein

gebrauchter Wendepflug

zu verkaufen.

Nich. Käß

Saatgutwirtschaft

Dreisfelden

Fernruf Nr. 8 Amt Freilingen.

Ein tüchtiges

Zweitmädchen

und ein

Kindermädchen

für sofort gesucht.

Frau Karl Winter

Hachenburg.

Garten

oder zu Garten

eignetes Ackerland

für sofort zu pachten

Frau v. Bismarck

Hachenburg.

Großer Reifekorn

oder Schließhorn

in gutem Zustand zu

gekauft. Wer, sagt die

Schäfferei d. W.

Minderbemittelte Personen können bei mir Gefah-

sohlen in Empfang nehmen und zwar:

für Erwachsene Nr. 45/47 à 2,25 Mk.

" " " 42/44 à 2,05 "

" " " 37/38 à 1,60 "

für Kinder " 34/37 à 1,60 "

" " " 30/33 à 1,55 "

" " " 27/29 à 1,30 "

Meldungen morgens 9—10 Uhr auf dem Büro.

Hachenburg, den 11. 3. 1918. Basse, Polizeiwachmeister.

Tg. Nr. 946. Marienberg, den 22. Februar 1918.

Anordnung betr.: Ausgabe und Verwendung von

Reichs-Reisefreimarken.

Auf Grund der §§ 58 und 79 der Reichsreisefreimarkenordnung für die

Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 (R.-G.-Bl. S. 507 ff.) und der dazu

gehörigen Ausführungsanweisung vom 7. Juli 1917 sowie des Er-

lasses des Preussischen Landesgesetzblattes vom 25. Januar 1918

wird für den Oberwesterwaldkreis nachstehendes bestimmt:

§ 1.

Die zur Zeit zur Ausgabe gelangenden Reisefreimarken haben

nur noch Gültigkeit bis einschließlich 15. März 1918 und gelten bis

dahin neben den nachstehend beschriebenen neuen Reisefreimarken.

Vom 16. März 1918 gelten nur Reisefreimarken nachstehender Ge-

staltung:

a) Reichsreisefreimarken, die auf 50 gr. Gebäud. lauten, wenn der

Wertpapierunterdruck in zwei Farben ausgeführt ist und zwar

grauer Reichsadler auf blauem Untergrunde; die einzelnen

Marken halb so groß, wie bisher und die fünfstelligen

Ziffern auf den Marken in roter Farbe ausgeführt sind. Die

Durchlochung der Marken auf der rechten Seite fällt fort.

b) Reichsreisefreimarken, die auf 500 gr. Gebäud. lauten, wenn

der Wertpapierunterdruck einen grauen Reichsadler auf grau-

rotem Untergrunde darstellt und alle Nummern auf diesen

Marken schwarz ausgeführt sind.

Die Verwendung anderer Reisefreimarken ist verboten.

§ 2.

Bäder, Händler, Gast- und Schankwirte usw. müssen die Reise-

freimarken sofort nach Empfangnahme der Marken bei Verabfolgung

von Gebäud. entgegennehmen. Die Entwertung muß bei jeder einzelnen

Marke vorgenommen werden und ist mittels kreuzförmiger Durchstrei-

chens mit Tinte oder Tintenstift zu bewerkstelligen.

§ 3.

Den Bädern, Händlern, Gast- und Schankwirten usw. werden

nur solche Reisefreimarken bei der Abnahme angerechnet, die mittels

kreuzförmiger Durchstreichens entwertet sind.

§ 4.

Bädern, Händlern, Gast- und Schankwirten werden auch solche

Reisefreimarken nicht angerechnet, die unter Beachtung des im § 1

Gesagten als Fälschungen erkannt werden mußten.

§ 5.

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 1 und 2

werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis

zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Der Kreisausschuß des Oberwesterwaldkreises.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Auf vorstehende Anordnung ersuche ich die Bäder, Händler,

Gast- und Schankwirte hinzuweisen.

Marienberg, den 22. Februar 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Thon.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 7. 3. 1918. Der Bürgermeister.

Ver. Volks- und Realschule Hachenburg.

Die Aufnahme der Schüler zur Realschule findet

am Samstag, den 23. März nachmittags 3 Uhr,

statt. Bei der Aufnahme sind die Impfscheine und

letztes Schulzeugnis vorzulegen. Die Schule bereitet zur

Obertertia einer Oberrealschule vor. Der Ausbau der

Schule zu einer vollberechtigten Mittelschule ist geplant.

Im Sommerhalbjahr ist ungeteilter Unterricht, sodas

auswärtige Schüler die Mittagszige zur Heimfahrt be-

nutzen können. Das Schulgeld beträgt 48 Mk. jährlich,

und ermäßigt sich für jedes weitere Kind derselben

Familie auf 24 Mk.

Die Aufnahme zur Volksschule erfolgt am Montag,

den 8. April vormittags 10 Uhr. Bei der Aufnahme

ist der Impfschein vorzulegen.

Schulpflichtig werden die Kinder, welche bis zum

31. März 1918 das sechste Lebensjahr vollendet haben.

Doch werden auch diejenigen Kinder aufgenommen, welche

bis zum 30. September 6 Jahre alt werden, falls sie

nach Ansicht des Schulleiters körperlich und geistig kräftig

genug sind.

Hachenburg, den 9. März 1918:

Amelung, Rektor.

Anordnung über den Verkehr und Verbrauch der Eier im Oberwesterwaldkreise.

Auf Grund der Verordnung des Reichsausschusses des Reichstages
über Eier vom 12. August 1916 (R.-G.-Bl. S. 927) bzw. 24. April
1917 (R.-G.-Bl. S. 374) und der preussischen Ausführungsanweisung
vom 24. August 1916 zu dieser Verordnung wird für den Umfang
des Oberwesterwaldkreises das Folgende bestimmt:

I. Verbot des freien Eierhandels.

§ 1.
Die Ausfuhr wie auch der Versuch der Ausfuhr von Eiern der
Hühner, Enten und Gänse aus dem Oberwesterwaldkreise ist verboten.
Ausgenommen sind nur Sendungen von Eiern an die von dem
Kreisausschuß besonders zugelassenen Stellen.

§ 2.
Jede Abgabe wie auch der Versuch der Abgabe von Eiern an
nicht zur Eierempfangnahme amtlich zugelassene Personen, sowie
jede Annahme bzw. der Versuch der Annahme von Eiern durch nicht
zur Eierempfangnahme amtlich zugelassene Personen ist verboten.

§ 3.
Für den Verkauf von Eiern im Kreise werden von dem Kreisaus-
schuß bestimmte Händler oder Aufkäuferinnen angestellt, die mit
einem auf den Namen des Inhabers lautenden Ausweis versehen
sind.

II. Ablieferungsplacht.

§ 4.
Die Hühnerhalter haben sämtliche Eier, die sie nicht zur Ernäh-
rung ihrer Haushaltungsangehörigen benötigen, an die amtlich zugelassenen
Händler, Aufkäuferinnen oder Sammelstellen des Kreises abzuliefern.
Als Haushaltungsangehörige gelten diejenigen Personen, die im
Haushalt des Geflügelhalters voll beschäftigt werden und in seiner
Wohnung untergebracht sind mit Ausnahme der Kriegsgesangenen
und Saisonarbeiter.

§ 5.
Die Hühnerhalter haben eine bestimmte Zahl Eier als Mindest-
menge im Jahr abzuliefern und zwar mindestens 30 Eier von jedem
Huhn.

§ 6.
Dementsprechend haben die Geflügelhalter in Erfüllung ihrer
Ablieferungsplacht in den einzelnen Monaten mindestens abzuliefern:
Von jedem Huhn im Februar 1 Ei, im März 3 Eier, im April
und Mai je 6 Eier, im Juni 5 Eier, im Juli 4 Eier, im August
3 Eier, im September 2 Eier.

§ 7.
Ist die vorstehend angegebene Menge in einem Monat nicht
abgeliefert, so muß sie später nachgeliefert werden.

§ 8.
Um die Ablieferungsplacht bald erfüllt zu haben, kann in den
einzelnen Monaten mehr als die Mindestmenge abgeliefert werden.

§ 9.
Von den Richtlinien des § 6 darf zugunsten eines Hühnerha-
tes nur dann abgewichen, wenn ein etwaiger Ausfall, der eine Vermin-
derung des Gemeinbedarfes herbeiführt, zur Folge haben würde, durch
entsprechend stärkere Heranziehung eines anderen Hühnerhalters aus-
geglichen wird.

§ 10.
Hühnerhalter, die ihrer Ablieferungsplacht nicht genügen, können
im Zwangswege zur Abgabe der Eier angehalten werden.

§ 11.
Es wird erwartet, daß jeder Geflügelhalter über die Pflicht-
lieferung hinaus jedes entbehrliche Ei für die allgemeine Lebens-
mittelerzeugung zur Verfügung stellt.

§ 12.
Die Hühnerhalter sind verpflichtet, den mit der Durchführung
und Kontrolle der Eierlieferungsorganisation beauftragten Personen
Auskunft zu erteilen.

III. Eierabgabe.

§ 13.
Eier von Hühnern, Enten und Gänsen dürfen an die nicht ge-
flügelhaltende Bevölkerung nur gegen Eiermarken durch die amtlich
zugelassenen Eierabgabestellen verabfolgt werden.

§ 14.
Für die Abgabe von Eiern werden von dem Kreisausschuß
Höchstpreise festgesetzt und im Kreisblatt bekannt gemacht.

Jede Ueberschreitung der festgesetzten Höchstpreise ist verboten.

IV. Ausführungsbestimmungen.

§ 15.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses kann Ausführungsbestimmun-
gen zu den Vorschriften dieser Verordnung erlassen.

V. Strafbestimmungen.

§ 16.
Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen wer-
den mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk.
oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 17.
Neben der Strafe kann auf Einziehung der Eier oder der ver-
bottenswürdig hergestellten Erzeugnisse, auf die sich die strafbare Handlung
bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören
oder nicht.

§ 18.
Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im
Kreisblatt in Kraft.

Marienberg, den 12. Februar 1918.

Der Kreisausschuß des Oberwesterwaldkreises.

Thon.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 7. 3. 1918. Der Bürgermeister.